

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

# Trau keinem unter 40

**Die 35-Stunden-Woche ist Geschichte, das Land hat wieder Zukunft/Von****Josef Joffe /****\*Josef Joffe\***

Drei Wahrheiten bestimmen derzeit den Lauf der Republik: Die Regierung ist kaum regierungsfähig, die Opposition ist nicht einmal oppositionsfähig, und Rot-Grün wird bis 2006 an der Macht bleiben.

Wahr ist, dass dem Kanzler die Wähler weglaufen. Mal sind es 27, mal nur 24 Prozent, die im Bund noch für die SPD stimmen wollen; im Osten verkommt die Partei zur dritten hinter der PDS. Wahr ist, dass diese Regierung kaum ein Projekt anpackt, das nicht zerredet oder zerteilt wird; sie wirkt wie die Keystone Cops aus frühen Hollywood-Tagen, die nie ankamen, weil ihre Polizeiautos erst miteinander und dann mit der nächsten Wand kollidierten. Wahr ist schließlich, dass Chefarbeitnehmer wie Michael Sommer und Frank Bsirske mit der Kriegserklärung gegen den Kanzler wedeln - zum ersten Mal in der Geschichte des Zweibundes SPD/Gewerkschaft.

Die Opposition? Glänzend an ihr sind nur Umfragewerte. Bloß wird erst 2006 gewählt, und sowohl die Union als auch die FDP tun ihr Ärgstes, um die Vorstellung zu zerstören, dass sie eine bessere Regierung abgeben würden. Westerwelle hetzt lieber gegen einen jüdischen Bundeswehr-Professor, als seiner Spaßpartei ein ernsthaftes liberales Profil zu verpassen. Fast alle glauben zwar, dass die CDU-Vorsitzende auch K-Kandidatin wird, nur ihr Kollege von der CSU glaubt es nicht. Überhaupt die CSU: Sie kann es nicht lassen,

Rot-Grün (und sich selbst) mal rechts, mal links zu überholen, aber immer der Schwesterpartei an den Karren zu fahren. Sie alle können sich nicht dazu entschließen, der Regierung entweder die Hand zu reichen oder die Faust zu zeigen. Staatskunst? Nicht einmal Oppositionskunst.

Der Kanzler ist unkündbar

Und die besseren Nachrichten? Für Gerhard Schröder: Nichts und niemand kann diesen Kanzler kippen, nur er selber. In England kann die Fraktion den Premier schassen, in Frankreich der Präsident. Im heutigen Bundestag aber ist der deutsche Kanzler unkündbar - oder kann sich irgendjemand vorstellen, dass die Grünen (wie 1982 die FDP) von den Roten ab- und den Schwarzen um den Hals fallen, zumal erst mit den (verhassten) Gelben eine Mehrheit zustande käme? Gut für die Republik: Dieser Kanzler, einst als "Zitterhand" bekannt, will "an der Agenda nicht mehr herumschnippeln", dem Wahlvolk sagt er unangenehme Wahrheiten, wirft ihm "Unbeweglichkeit" vor. Selbst sein Parteichef Müntefering gelobt: "Da gilt, was beschlossen ist."

Warum auch nicht? Weil Sommer & Bsirske zum Krieg gegen den Kanzler blasen? Ihre Schlachtordnung wird zusammenbrechen, bevor sie überhaupt aufgestellt ist. Oder in den harten Worten von Hans Eichel (laut Spiegel): "Denen muss gesagt

werden, dass sie außerhalb der Realität leben." Glauben denn die Sommer-Krieger, dass sie die Regierung auf der Straße wegputzen können? Dass sie mit Merz und Merkel ein erquicklicheres Auskommen hätten? Aber das sind nur taktische Fragen. Unterstellen wir, dass DGB und Verdi auch Größeres im Sinn haben, also nicht nur den Kanzler schrecken, sondern die gesamte Partei einschüchtern wollen.

Frank Bsirske wähnt, dass er mit einer linken Fundamentalopposition - Globalisierungsfeinden, PDS-Wählern, Arbeitslosen - die "Hegemonie des Neoliberalismus" brechen könnte - ein kühner Begriff bei einem Staat, der die Hälfte des Sozialprodukts ausgibt. Er irrt gleich doppelt. Einmal, weil sich die schwächelnden Gewerkschaften so selber ausmanövrieren würden. Oder, wie das Polis-Institut dem DGB vorrechnet: Nur noch 41 Prozent der Mitglieder halten ihre Gewerkschaft für "unverzichtbar", vor zwei Jahren waren es noch über 50 Prozent. 45 Prozent halten die Gewerkschaften für "modern und zukunftsfähig", vor zwei Jahren waren es elf Prozent mehr.

Zum Zweiten muss der Kanzler solche Gewerkschaften nicht fürchten, erst recht nicht, wenn die zweitgrößte, die IG Metall, die Realitäten etwas klüger einschätzt. Ausgerechnet der Verband jenes Jürgen Peters, der 2003 einen so törichten wie vergeblichen Streik für die 35-Stunden-Woche im Osten anzettelte, hat sich mit Siemens auf

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

40 Stunden ohne Lohnausgleich geeinigt. Nennen wir das Kind beim Namen: Das ist eine deutsche Revolution - eine reale Lohnsenkung im Land der (nach Norwegen) höchsten Löhne. Arbeitszeitverkürzung schafft keine Jobs, sondern zusammen mit Kündigungsschutz nur Überstunden (1,6 Milliarden, die sich statistisch zu einer Million Jobs summieren). Beispiel Metallindustrie: Von 1993 an galten 36, dann 35 Stunden; bis 2001 gingen 300 000 Jobs verloren. Beispiel Siemens: Von 1980 bis 2003 hat Siemens 65 000 Jobs in Deutschland ab-, 138 000 im Ausland aufgebaut - wie in jenen EU-Beitrittsländern, wo die Löhne ein Sechstel der deutschen ausmachen.

Der jetzige Siemens-Deal wird Schule machen. Er zeigt, wie zwei Große im Arbeitsmarkt-Kartell, das Deutschland seit dreißig Jahren mit steigenden Löhnen mehr Arbeitslose verschafft, endlich ihr schnödes Eigeninteresse mit dem nationalen verknüpft haben. Das nationale schreit geradezu, dass die Verteidigung von Gruppeninteressen im Namen "sozialer Gerechtigkeit" die höchste Ungerechtigkeit von allen zeugt: Arbeitslosigkeit und Almosenabhängigkeit. Es stimmt: "Die Tarifvertragsparteien (tragen) eine Verantwortung auch für die

Höhe der Arbeitslosigkeit." Wer das gesagt hat? Ein gewisser Oskar Lafontaine, 1988.

Porsche aus Bratislava

Heute gilt, dass rund fünf Millionen Deutsche - die Arbeitslosen - nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Augenwischerei ist der Verweis auf den Exportweltmeister D. Denn knapp die Hälfte der Wertschöpfung Made in Germany kommt aus dem Ausland. "Der Cayenne, den Porsche nach Amerika liefert, steht mit seinem vollen Wert in der Exportstatistik, aber in Leipzig werden kaum mehr als Getriebe und Lenkung eingebaut. Der Rest kommt aus Bratislava", höhnt Hans-Werner Sinn vom ifo Institut. Explodierende Exporte sind deshalb kein Konjunkturmotor mehr.

Das Siemens-Beispiel sollte auch Schule in der Parteizentrale machen. Es sollte Schröder und Genossen zeigen, dass gerade die Kartellisten, die jahrzehntelang die deutsche Erstarrung perfektioniert haben, plötzlich höchsten Realitätssinn beweisen. Ebenso die Deutschen, die zu zwei Dritteln lieber mehr arbeiten als weniger verdienen wollen. Was also hindert die Schröderisten daran, die bitter nötigen Reformen durchzuziehen, zumal so viele nichts kosten? Nur ein Beispiel: In Dänemark dauert es

vier Tage, eine neue Firma aufzumachen, in Deutschland 45.

Warum nicht auch eine Prise Nationalismus, die Schröder erfolgreich im Wahlkampf 02 genutzt hat, für gute Reformzwecke einsetzen? Er könnte darauf verweisen, dass die EU gar nicht so schlecht im Wettbewerb mit den USA dastünde, hinge ihr nicht Deutschland wie ein Klotz am Bein. Im vergangenen Jahrzehnt hat nur "Schlusslicht D" die EU daran gehindert, mit gleichem Wirtschafts- und Jobwachstum zu glänzen wie Amerika, notiert eine Studie von Goldman Sachs (Europe's Secret Success Story).

Schröder hat Kündigungsschutz bis 2006, und seine Feinde zur Linken wie zur Rechten sind Patrioten genug, dieses Land nicht noch tiefer in den Sumpf deutscher Nostalgien zu drücken. Außerdem: Derweil nur ein Viertel des Wahlvolks der SPD "zu radikale Reformen" ankreidet, murr fast die Hälfte wider "unzureichende Vermittlung". Auf Deutsch: Bei guter Führung kann der Kanzler bis zu 49 Prozent des Wahlvolks auf seine Seite ziehen. Das reicht fürs Geschichtsbuch.

AUDIO [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)